

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

27.9.1863 (No. 227)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 27. September.

N. 227.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 26. September.

Durch Allerhöchste Ordre vom 24. d. M. wird dem Major Brückner, Kommandant der 4. Gendarmen-division, die Dienstauszeichnung 2. Klasse für Offiziere verliehen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Kassel, 25. Sept. (W. L. B.) Durch Ministerialaus-schreiben vom 23. Sept. wird die vertagte Ständever-sammlung auf den 7. Okt. wieder einberufen.

Wien, 25. Sept. (W. L. B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde beschlossen, über die Angelegenheit des in Lemberg in seinem Wagen angehaltenen Grafen Dzieduszycki, unter dem Ausdruck des Bedauerns über diesen Vorfall, zur Tagesordnung überzugehen.

Neu-York, 17. Sept. Der Präsident Lincoln hat die Habeas-Corpus-Akte für die gesamte Union sus-pendirt. Gestern machten die Unionisten einen Versuch, den Kapitän zu übersetzen, wurden jedoch zurückgeschlagen. General Gilmore, der angewiesen wurde, Charleston bis zur Uebergabe zu bombardiren, hat Batterien auf der Morris-Insel errichtet.

Nachrichten aus Vera-Cruz, 5. d. M., zufolge bereiten sich die Franzosen auf einen neuen Feldzug vor.

Wie aus Jamaica gemeldet wird, haben die Spanier Port-au-Prince bombardirt und zerstört.
Goldagio 32 1/2. Wechselkurs 145.

Das Bundesdirektorium. II.

Wir haben in einem ersten Artikel die Gründe dargelegt, aus welchen uns das Bundesdirektorium, so wie es vorgeschlagen ist, geradezu unerträglich scheint. Damit haben wir nach unserm allgemeinen politischen Standpunkt, nach welchem die Basis des ganzen Reformprojekts eine ungenügende ist, und nach welchem wir uns also gegenüber den Einzelheiten derselben wesentlich nur kritisch verhalten können, genug gethan. Nachdem wir aber für jetzt den bloßen Staatenbund acceptirt und anerkannt haben, daß auch auf dieser Grundlage wirkliche, wenn gleich nur bescheidene Verbesserungen möglich sind, halten wir es für Pflicht, uns darüber näher zu erklären.

Die Organisation der leitenden Behörden des deutschen Staatenbundes hängt begreiflich von den denselben anzunehmenden Leistungen ab. Große europäische Politik kann nur der Bund, so lange er ein Anhängel der beiden selbständigen Großstaaten, Oesterreich und Preußen, ist, nicht treiben. So traurig diese, die politische Existenz der deutschen Nation negirende Wahrheit sein, und so sehr sie die dringendste Anforderung zu einer prinzipiellen Wenderung der Bundesverhältnisse enthalten mag, so ist sie doch thatsächlich begründet, und das Bestreben, sie durch irgend welche Organisation der Bundesbehörden nicht sowohl zu beseitigen als zu verdecken, ist im besten Falle fruchtlos, in einem schlimmeren der erste

Schritt zu blutiger Entzweiung unseres Volkes. Auf diesen Punkt ist also bei der Organisation der Bundesbehörden nach unserer Ansicht keine Rücksicht zu nehmen. So lange der gegenwärtige Dualismus im Bunde besteht, bleibt für alle Lebensfragen nichts Anderes als freie Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen übrig, nach welcher, obgleich sie immer nur zufällig die deutschen Interessen zu ihrem Ausgangs- und Zielpunkt nehmen wird, die Entscheidung des Bundes von selbst und nothgedrungen gegeben ist. Sie wird selten mehr als eine bloß formelle Bedeutung haben, und wir halten jedenfalls einen einfachen Majoritätsbeschluß der Bundesbehörden, deren Organisation in dieser Beziehung uns ziemlich gleichgiltig scheint, für vollkommen genügend.

Eine wirkliche Thätigkeit werden die Bundesbehörden nach unserer Auffassung nur einerseits in der Leitung derjenigen gemeinsamen Angelegenheiten, welche verfassungsmäßig dem Bunde überwiesen sind und welche nach Thunlichkeit auszu-dehnen wünschenswerth ist, andererseits in der Ausfüh-rung entscheidender, auf vorgängiger Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen beruhender Schritte enthalten können. Darnach hat sich die den Bundesbehörden zu gebende Organisation zu richten.

Diese haben demgemäß, wie uns scheint, nicht, wie in der Reformakte vorgeschlagen ist, in einer regierenden Behörde (dem Direktorium) und einer andern in einigen Ausnahm-fällen zur Zustimmung berufenen (dem Bundesrathe) zu be- stehen, sondern die naturgemäße Scheidung ist: die Konstitu-tion des Bundeswillens durch die Gesamtheit (Bundes-rath) und Ausführung desselben durch einen dazu berufenen Vollziehungsausschuß.

Ein Staatenbund, d. h. im Wesentlichen eine Gesellschaft mehrerer Staaten, kann wohl die Vertretung und Geltend-machung seines Willens einem Ausschusse überlassen und die- sem, um ihm im Interesse des Ganzen ein energischeres Han-deln zu ermöglichen, eine relative Unabhängigkeit einräumen; die Feststellung des Gesellschaftswillens selbst kann aber nicht einem regierenden Direktorium eingeräumt werden, sondern muß von der Gesamtheit ausgehen. Da das Direktorium, das regieren sollte, eine Regierungsgewalt nicht hat und bei dem gleichen Recht und der gleichen Macht der andern Bun-desglieder nicht haben kann, sind seine Beschlüsse doch nicht Ausführe eines hoheitlichen Willens, sondern nur das Resul-tat von Transaktionen in einem engern Kreise, auf welche, wie wir in dem ersten Artikel uns zu zeigen bemühten, aus weiteren und weitesten Kreisen die mannichfaltigsten berech-tigten und unberechtigten Einwirkungen werden geübt werden. Bei Abstimmungen unter der Gesamtheit werden freilich die Einzelnen gerade so wie die projektirten Direktorialmitglieder regelmäßig zunächst von ihrem Sonderinteresse ausgehen; so weit aber diese Sonderinteressen nicht zusammenstimmen, ist in der losen Form des Staatenbundes eine gemeinsame Aktion überhaupt nicht möglich, und dann halten wir, immer unter der Voraussetzung vorgängiger Verständigung zwischen Oester-reich und Preußen bei gewissen, näher zu präzisirenden Fra-gen von vitaler Bedeutung, die Geltung von einfachen Majoritätsbeschlüssen in dem Bundesrath für zulässig und wünschenswerth. Dieser Bundesrath, der nach unserer Ansicht den Bundeswillen zu bestimmen hätte, bestünde prinzipiell am richtigsten aus dem jetzigen Plenum, vorbehaltlich einzelner etwa für zweckmäßig erachteter Wenderungen des Stimmen-

verhältnisses in demselben. Da aber auch in dem jetzigen engern Rathe alle deutschen Staaten von irgend erheblicher Bedeutung mit Stimmen begabt sind, wüßten wir auch gegen Umwandlung dieses engern Rathes in den Bundesrath mit der vorgeschlagenen Stimmenvertheilung für Oesterreich und Preußen nichts einzuwenden, wobei uns nur die Zuthellung von vier Stimmen an die 4 Freien Städte billig und zweck-mäßig schiene.

Wenn wir übrigens die Feststellung des Bundeswillens der Gesamtheit zuweisen, so geschieht dies nur in dem Sinne, daß dieselbe darüber entscheiden soll, ob der Bund etwas Bestimmtes thun soll oder nicht, und im ersten Fall, in welcher Richtung er vorzugehen habe. Die Ausführung einschließlich der Feststellung aller dazu nothwendigen Detailbestimmungen läßt sich mit Vortheil einem Vollziehungsausschuß übertragen, dessen Mitglieder, drei, höchstens fünf, bundesverfassungsmäßig durch die mächtigsten Glieder des Bundes in Vertre-tung der übrigen zu ernennen wären. Ein solcher Voll-zetzungsausschuß hätte also z. B., wenn der Bundesrath be-schlösse, von Bundes wegen ein System der deutschen Küsten-verteidigung mit oder ohne gemeinsame Flotte u. dergl. m. herzustellen, die Ausführung selbständig in die Hand zu neh-men, die erforderlichen einmaligen und fortlaufenden Geld-bewilligungen bei der Abgeordnetenversammlung zu erwei-sen u. s. w. Oder nach einem Beschluß des Bundesrathes, Niederlassung und Gewerbebetrieb für alle Deutschen in allen deutschen Staaten gleichmäßig zu ordnen, wäre es Sache des Vollziehungsausschusses, die erforderlichen Gesetze auszuar-beiten und mit der Abgeordnetenversammlung zu vereinbaren. Dabei denken wir uns den Vollziehungsausschuß zwar als eine, dem Bundesrath untergeordnete und demselben verant-wortliche Behörde, so daß eine Ueberschreitung des ihm er-theilten Mandats Nichtigkeit nach sich zöge; innerhalb der Grenzen des ihm ertheilten Auftrages müßte er aber selbstän-dig entscheiden, nicht bloß als Hilfskommission des Bundes-rathes Vorschläge machen, welche noch der Zustimmung des letztern bedürften.

Es fällt uns nicht ein, in einer Einrichtung der angebeuteten Art einen großen Gewinn, ein durchgreifendes Zusam-menfassen und Stärken unserer nationalen Kräfte zu suchen; aber von dem staatenbündlichen Standpunkte aus, der nur eine kollegialische und darum nothwendig schwache Zentralge-walt zuläßt, wird kaum in anderer Weise zu helfen sein. Der Vollziehungsausschuß würde doch immerhin den Vortheil gewahren, daß das widerwärtige Gezänk über Detail-fragen und die Versuche wegzulassen, an ihnen scheitern zu machen, was man offen und im Prinzip nicht abzulehnen wagte. Wer der Idee der nationalen Einheit zu einem wirk-lichen, wenn auch noch so bescheidenen Ausdruck verhelfen will, muß dem Ganzen wenigstens in so weit sich unterordnen, daß er Das, was die Gesamtheit unter Mitwirkung aller Einzelnen als gemeinsame Maßregel beschlossen hat, in der Ausführung so annimmt, wie es die Vertreter des Gan-zen ohne weiteres Zuthun der Einzelnen festgestellt haben. Wir können so doch wenigstens vor dem traurigen, eben jetzt wieder aufgeführten Schauspiel bewahrt bleiben, daß die eifrigsten Beförderer des gleichen Maß- und Gewichtsystems das Elaborat ihrer eigenen Kommission nur mit allerhand Vorbehalten und Modifikationen annehmen.

Einen viel größern Vortheil würde aber der Vollziehungs-

* Kg. In spät?

(Fortsetzung aus Nr. 226.)

Motiv schnitt mir, mit dem Fuß stampfend und einem ungeduldrigen Ausdruck, das Wort ab, wurde dann roth und bat mich um Verzeihung wegen seines Zornausbruchs. „Nimm mir's nicht übel, Georg, alter Junge, aber Du weißt, ein Verliebter ist gar klüßlich, wenn irgendwer, selbst ein alter Freund, sich über das Mädchen, das ihm verlobt ist, lustig zu machen scheint; und da ich hoffe, daß, im Lauf dieses Som-mers zu heirathen, und wir alle Stubenburche sind — ei, so sehe ich keinen Grund, Dich im Dunkeln zu lassen.“

Dann kam Alles heraus. In Florenz hatte Motiv, der in vielen guten Häusern Zutritt hatte, die Bekanntschaft der Trafford's ge-macht, einer sehr wohlhabenden englischen Familie, die den Winter dort verlebte, und sich dann eine gegenseitige Neigung zwischen dem jungen Maler und der ältesten Tochter entsponnen. Lucie Trafford war eines der schönsten Mädchen in Florenz jenen Winter, und, wenn man Motiv's begeisterten Lobeserhebungen glauben durfte, so geschied man gut als schön. Daß Motiv sich in sie verliebte, war nichts Er-saunliches, auch das nicht zu verwundern, daß sie seine Liebe erwie-berte; das Ersäunliche aber war, daß der alte Trafford seine Zustimmung gab. Der Freier hatte, außer seinen Fähigkeiten und seiner Kunst mit Pinsel und Stift, wenig oder kein Vermögen, wogegen die Tochter ein schönes Vermögen zu erben hatte. So weit ich aus Ein-dal's häufigem Abriß der frühern Vorgänge mit abnehmen konnte, hatte es allerdings viel Bedenkllichkeiten und väterlichen Widerstand abgesehen, das aber sich so oder so ausgeglichen, und das Verhältnis die vollste Gutheißung der Eltern erhalten.

„Bin ich aber nicht ein glücklicher Mensch, glücklich über all' mein Verdienst hinaus — fühl' ich und weiß ich! und hab' ich nicht einige Ursache zu meinem Drängen und Eilen, die Glücklichen aufzufangen, nach einer ganzen Woche, einer Ewigkeit der Trennung von —“

„Der Postwagen geht heute nicht weiter, Monsieur. Ich möchte Monsieur rathe, sich rasch ein Zimmer für die Nacht im Hotel zu sichern, denn es sind fast keine frei.“

„Der Postwagen heute nicht weiter! Sie scherzen wohl, Kon-dukteur?“

Keineswegs. Dem Mann war voller Ernst. Es seien Anzeichen einer Wetterveränderung vorhanden, sagte er, Anzeichen, die Jemand in seiner Stellung, der für die Sicherheit des Wagens und der Passa-giere verantwortlich sei, nicht unbeachtet lassen dürfe. Diese Anzeichen seien zuerst von einem Landmann aus Uri bemerkt worden, der wegen seiner Kunst, die Zeichen eines heranziehenden Unwetters zu entdecken, berühmt sei, eine Kunst, so nothwendig im Gebirg wie auf dem Meer, und die erfahrensten Altolter Männer hätten seinen Ausspruch be-stätigt.

„Und sehen Sie nur, Monsieur, wie sich der Himmel schon ver-ändert hat; ein gebornener Stadtmann kann darin eine schlimme Vorbedeutung sehen.“ sagte der Schaffner, wie er sich fortwandte, um die Unterbringung des Postwagens in dem Wagenhaus zu beaufsichtigen. Motiv und ich schauten in die Höhe, und erblickten einen halbdurch-sichtigen weissen Dunstschleier, der sich immer dichter und dunkler über den reinen Himmel zog und wie das verhängnisvolle Gewebe der Parzen sich weiterspannte. Die Sonne wurde mit jeder Minute trüber, und das ängstliche Zirpen der Vögel zitterte schrill und oft aus den Fruchtbäumen hervor. Daß ein Wettersturm sich vorbereite, war un-schwer zu errathen.

Plötzlich schlug sich Motiv vor die Stirn und tief mit fast Ver-zweiflungslauten: „Lucie, Lucie, meine Lucie! Auf den erbarmentlosen Alpenhöhen, fern von Dobbach oder Gölse, im kommenden Unwetter; und ich stehe hier, sicher und mächtig, wie ein Feigling, während sie im Schneefeld untergeht.“ Und ohne mich wäre der junge Maler, in seiner Liebeseinstimmung von Sinnen, in einem Lauf die gewundene Straße hinaufgerannt. Ich ersahte seinen Arm und ließ ihn nicht los,

obwohl ich, trotz meiner überlegenen Stärke, den gewaltig Fortdrän-genden kaum zurückhalten vermochte.

„Laß mich fort, Bolton! Laß mich fort!“ schrie er zornig, und einen Augenblick meinte ich, er wolle nach mir schlagen in seiner blinden Wuth.

„So höre nur eine Sekunde; nimm Vernunft an, um Fräulein Trafford's willen, wenn nicht um Deinselbstwillen.“ schrie ich, außer Athem. „Du bistest nur Dein Leben ein, drohen, und hilfst ich r lediglich nichts. Wenn Etwas zur Rettung geschehen kann, so muß es durch kaltes Blut und Einmuth geschehen. Können wir einen Führer bekommen, so gehe ich mit Dir, und zusammen mögen wir hoffen, wirklich etwas zu nützen, wenn nicht die Karavane bereits ein Dobbach gefunden hat. Gutes Muths, Mann! Vielleicht sind sie Alle wohl-geborgen im Hospiz, oder sonstwo.“

Motiv schluchzte ordentlich, wie er mit die Hand krampfhaft drückte, und dankte mir für mein Gutmeinen; wollte aber von nichts hören, als von augenblicklichem Aufbruch. Vergebens war jeder meiner Gründe, selbst der stärkste, für die Möglichkeit, daß die ganze Gesellschaft schir-mende Steinmauern erreicht habe, ehe die Gefahr ganz nahe drohend wurde; und daß sie mit besügelter Nacht heranrückte, mußte jetzt selbst dem achtselbsten und unerfahrensten Auge offenbar sein. Das weiße Gewebe hatte sich in Grau verwandelt, dann in Bleifarbe, dann in bintige Schwärze. Ein kalter grimmiger Wind blies in kurzen Stößen, wie leuchtende Alchemzüge eines sterbenden Kiefen, die Bergschluchten nieder. In der Ferne ließ sich ein höfcher unbeschreibbarer Ton ver-nehmen, ein Mittelton zwischen dem dumpfen Brausen des fernen Meeres und dem Klingeln einer Windharfe. (Fortsetzung folgt.)

— Hamburg, 24. Sept. Die kirchliche Einweihung der neuen St.-Nikolai-Kirche hat heute stattgefunden.

ausschluß nach einer andern Seite hin bieten. Ist es gleich nicht zu umgehen, daß seine einzelnen Mitglieder von bestimmten Regierungen ernannt werden und von denselben, welche sie begreiflich auch wieder abberufen können, abhängig bleiben, so wäre er doch befehlungsgeachtet ein dem Bunde selbst, nicht ein einzelnen Regierungen angehöriges Organ, durch welches diese den Bund leiten. Die ernennenden Regierungen würden selbstverständlich zwar nur solche Personen in den Vollziehungsausschuss schicken, von welchen sie annahmen, daß dieselben in ihrem Sinne handeln würden; aber dieser Ausschuss empfinde doch seine Instruktionen nicht von einzelnen Regierungen, sondern er hätte pflichtgemäß die Beschlüsse des Bundesrathes nach seiner gewissenhaften Ueberzeugung von den Interessen Gesamtdeutschlands auszuführen. Er wäre von selbst dem Bundesrath verantwortlich. Er könnte und müßte durch die Verfassung auch der Abgeordnetenversammlung gegenüber wenigstens in so weit rechtlich verantwortlich erklärt werden, daß dieselbe ihn wegen Verletzung der Bundesverfassung oder gültiger Bundesgesetze und Beschlüsse vor dem Bundesgericht zur Rechenschaft ziehen könnte. Auf die Beschlüsse des Vollziehungsausschusses wäre endlich eine gewisse konstitutionelle Einwirkung der Bundesabgeordneten möglich, da er einerseits für die Durchführung vieler seiner Maßregeln deren Zustimmung bedürfte, und andererseits, um diese zu erlangen, über die Modalitäten jener Maßregeln frei verfügen könnte, während die Instruktion der Direktoriamitglieder durch ihre Landesregierungen ein dem konstitutionellen auch nur entfernt ähnliches Regiment schlechthin unmöglich macht.

Das vorgeschlagene Direktorium wäre eine Handhabe, mittelst deren einige Einzelstaaten, voraussichtlich vergeblich, aber unter der Gefahr einer offenen Entzweiung unserer Nation, versuchen könnten, den Bund nach ihren Interessen zu leiten; der Vollziehungsausschuss dagegen ist eine wirkliche, kollegialische Bundesbehörde, allerdings nicht von der Macht, wie wir sie wünschen, aber doch immerhin befähigt, innerhalb gewisser Grenzen die Idee der nationalen Einheit zum Ausdruck und zur Geltung zu bringen. Wir wiederholen, wir sind, einwillen auf den Bundesstaat verzichtend, bereit, auch an einer Verbesserung des Staatenbundes mitzuwirken. Mit großem, noch dazu höchst gefährlichem Scheinwerk lassen wir uns aber nicht abfinden, sondern verlangen wenigstens die auf der angenommenen Basis möglichen Realitäten. Soll der Bund nach wie vor nach Instruktionen der Einzelregierungen geleitet werden, dann ist es prinzipiell und schädlich, einige willkürlich gewählte Regierungen mit diesem Vorrecht auszustatten. Soll darin die von großdeutscher Seite so viel gepriesene „kollegialische Spitze“ bestehen, dann haben wir dieselbe längst und besser, als das Direktorium sie darstellen würde in dem Bundestag. Wir meinen aber, jeder ehrliche Großdeutsche kann unter der „kollegialischen Spitze“ nur ein dem Bunde selbst angehöriges, also nicht von den Einzelregierungen zu instruirendes Organ verstehen; und wer dasselbe nicht mit der ohnehin sehr bescheidenen Wirksamkeit, die ihm im Staatenbunde möglich ist, zuläßt, der will überhaupt der nationalen Idee kein Opfer bringen, sondern er versucht, für partikularistische Interessen die Kräfte des Ganzen auszunutzen. Das aber wollen wir nicht, und dagegen werden wir auf das äußerste kämpfen.

Deutschland.

Aus Westphalen, 24. Sept. (Fr. Z.) Wie wir aus guter Quelle vernehmen, wird demnächst zwischen den liberalen Abgeordneten und den hervorragendsten Spitzen der Fortschrittspartei eine Besprechung über die in Aussicht stehenden Wahlen veranlaßt werden.

Dresden, 25. Sept. (W. L. B.) Das „Dresd. Journ.“ sagt: Die Stipulation, welche laut dem „Hamburger Correspondenten“ zwischen dem Kaiser von Oesterreich, den Königen von Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg und dem Herzog von Nassau in Frankfurt a. M. beschlossen worden sein soll, ist vollständig erfunden. *)

Berlin. Dem „Frankfurter Journal“ wird — angeblich aus Kassel — das Schreiben mitgetheilt, welches Se. Maj. der König von Preußen unterm 22. d. in der deutschen Reformfrage an die deutschen Fürsten gerichtet hat. Dem genannten Blatt zufolge lautet dasselbe:

Durch das Schreiben, welches Eure zc. in Gemeinschaft mit anderen deutschen Fürsten und Vertretern der freien Städte am 1. d. M. an mich gerichtet haben, sind die in Frankfurt a. M. berathenen Bundesreform-Vorschläge zu meiner Kenntniß gelangt. Ich habe dieselben der sorgfältigen Erwägung unterzogen, welche ich in meinem, am 20. v. M. an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich nach Frankfurt a. M. gerichteten Schreiben zugesagt hatte. Diese Prüfung hat mir nicht die Ueberzeugung gewährt können, daß die vorgeschlagene Reformate in ihrer gegenwärtigen Gestalt geeignet sei, einen Abschluß unserer vieljährigen Bemühungen um die Verbesserung der Bundesverfassung zu bilden. In dem Entwurf habe ich nicht den Ausdruck der wirklichen Verhältnisse und Bedürfnisse, deren Berücksichtigung allein einem solchen Werke Leben und Dauer verleihen kann, zu erkennen vermocht.

Ich darf daher nicht zögern, Eure zc. wenn auch mit Bedauern auszusprechen, daß meine Pflicht als König von Preußen und als deutscher Fürst es mir nicht gestattet, den mir mitgetheilten Entwurf als die Grundlage einer neuen Bundesverfassung anzunehmen.

Ich vermag in eine Erweiterung des bisherigen vertragemäßigen

*) Die „Stipulation“, deren Existenz das „Dresd. Journ.“ in Abrede stellt, sollte nach dem „Hamb. Kor.“ in Frankfurt am 29. Aug. von den Souveränen der oben genannten Staaten unterzeichnet worden sein und also lauten:

In Erwägung, daß der von Sr. Apostol. Majestät dem Kaiser von Oesterreich vorgeschlagene Entwurf einer Reformate des Deutschen Bundes sichere Bürgschaft für die Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands und der Selbständigkeit der deutschen Bundesstaaten darbietet, sind die unterzeichneten Souveräne über folgende Verabredungen übereingekommen: Art. 1. Die Reformate soll auch in dem Falle, daß nicht sämtliche deutsche Bundesstaaten derselben beitreten, zur Ausführung gebracht werden. Art. 2. Im Falle eine der anderen Bundesregierungen sich zur Vorlage eines andern Reformprojekts veranlaßt sehen sollte, verpflichten sich die unterzeichneten Souveräne, dasselbe abzulehnen.

Bundesverfassung und der Kompetenz der Bundes-Zentralbehörde nur dann zu willigen, wenn dieselbe mit voller und gerechter Rücksichtnahme auf das Gewicht Preußens im Bunde und auf die Gesamtinteressen der deutschen Nation erfolgt. In diesem Sinn betrachte ich als Vorbedingung meiner Zustimmung zu einer durchgreifenden Reform der bestehenden Bundesverträge die Verständigung über drei Punkte, mit deren näherer Darlegung bei Eure zc. Regierung ich meinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt habe. Dieselben betreffen:

1) Das Veto Preußens und Oesterreichs mindestens gegen jeden Bundeskrieg, welcher nicht zur Abwehr eines Angriffes auf das Bundesgebiet unternommen wird.

2) Die volle Gleichberechtigung Preußens mit Oesterreich zum Vortritt und zur Leitung der Bundesangelegenheiten.

3) Eine Volkvertretung, welche nicht aus Delegation, sondern aus direkten Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgeht, und deren Befugnisse zu beschließender Mitwirkung in Bundesangelegenheiten Gegenstand der Verhandlung, aber jedenfalls ausgedehnter zu bemessen sein würden, als in dem vorliegenden Entwurfe einer Reformate der Fall ist.

Vor einer Verständigung über diese Grundlage kann ich ein getheiltes Ergebnis der Erörterung der sonstigen Einzelheiten des mir mitgetheilten Entwurfes nicht in Aussicht nehmen. Ich habe daher meinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Auftrag erteilt, über die erstere zunächst mit der kaiserl. Oesterreichischen Regierung in Verhandlung zu treten, in der Hoffnung, daß es Eure zc. gefallen werde, sobald das erforderliche Einvernehmen angebahnt sein wird, in Gemeinschaft mit mir die Berufung von Ministerialkonferenzen zu veranlassen, welche die definitive Beschlußnahme der deutschen Souveräne vorzubereiten haben würden. Empfangen zc.

(92.) Wilhelm. (gegenges.) v. Bismarck.

Berlin, 24. Sept. Der „Zeidler. Kor.“ zufolge ist der Bericht des Staatsministeriums an den König in der deutschen Reformfrage im Großen und Ganzen das eigene Werk des Hrn. v. Bismarck selbst. — Demselben Organ zufolge werden alle kön. Beamten die ernste Anweisung erhalten, sich diesmal an den Wahlen zu betheiligen. Auch glaubt dasselbe als bestimmt bezichtigen zu können, daß von Bezahlung der Stellvertretungs-Kosten für Beamte, die sich zu Abgeordneten wählen lassen, künftig nicht mehr die Rede sein wird.

Die von der kön. Regierung zu Marienwerder verhängte Unterdrückung des in Kulm erschienenen „Radwislanin“, die erste, welche auf Grund der Preßverordnung vom 1. Juli erfolgt, ist nun zur Ausführung gekommen. Der Beschluß der Regierung wurde dem Verleger des „Radwislanin“ insinuiert, als die im Druck bereits vollendete Mitwochsummer so eben ausgegeben werden sollte. In Folge dessen wurde die Ausgabe von der Polizei inhibirt. — Nach der „Volksztg.“ sprach sich in einer der jüngsten Sitzungen des „Preussischen Volksvereins“ Justizrath Wagener dahin aus, daß ein fortwährendes Aufheben und Wiederaufheben dem Lande verberblich werden müsse, da der Großstaat Preußen keine heftigen Zustände ertragen könne; er glaube daher, daß nur eine „königliche Diktatur“ die bestehende Verfassung schützen und wahren könne.

Wegen Veröffentlichung der Nachricht, das Kammergericht habe eine gegen den Stadtrichter Hierfemenzel beantragte Disziplinaruntersuchung mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt, ist eine Untersuchung eingeleitet worden, weil jene Veröffentlichung nur durch „Verletzung des Amtsgeheimnisses“ habe erfolgen können. Der Redakteur einer hiesigen Zeitung ist in dieser Angelegenheit vernommen worden, hat jedoch eine bestimmte Erklärung nicht abgegeben. — Eines der ersten Geschäfte des neuen Abgeordnetenhauses wird die Berathung der Preßverordnung sein. — Die unbeforderten Stadträthe in Elbing hatten in Folge einer Petition an den Oberpräsidenten von Seiten der Regierung zu Danzig einen Verweis erhalten. Diesen letztern haben die Stadträthe jetzt „als nicht zutreffend“ abgelehnt. — Die „Gerichtsztg.“ erzählt, daß mehrere hier in der Hausboogtei in Folge der polnischen Injurktion befindliche Personen in Familienangelegenheiten einen vierzehntägigen Urlaub nachgesucht und, da die Voruntersuchung geschlossen, auch gegen Erlegung von Kautionen erhalten hätten, welche sich in einzelnen Fällen bis auf 5000 Thlr. belaufen. Außerdem sind jedem der Angeklagten zwei Polizeibeamte mit in die Heimath gegeben worden.

Berlin, 24. Sept. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „In dem Hinterzimmer einer stillen deutschen Beschlehtenwohnung umstand heute eine ernste trauernde Versammlung den Sarg eines Mannes, dessen hellklingender Name auf das engste mit deutschen Wort, deutscher Dichtung, deutschem Geist, Sitte und Leben verbunden ist. Es war die sterbliche Hülle Jakob Grimms, der heute die letzte Ehe erwiefen wurde. Ein schlichter eigener Sarg, von Lorbeer, Rosen- und Immortellenkränzen geschmückt, stand in der Mitte des Zimmers; die Büste Wilhelms, des dem ältern wenige Jahre vorangegangenen geliebten jüngern Bruders, war ebenfalls mit Blumen geziert. Die Unverstätt, die Akademie der Wissenschaften und die städtischen Behörden waren zahlreich vertreten; die Unverstättserien hatten wohl eine größere Theilnahme der Studentenschaft unmöglich gemacht. Die Familie des Verstorbenen, seine Freunde standen dem Sarge zunächst. Probst Prof. Dr. Rihsch hielt die Trauerrede.“

Berlin, 25. Sept. Gutem Vernehmen nach werden die für Berlin in Aussicht genommenen Konferenzenverhandlungen über die Rekonstitution des Zollvereins erst zu Anfang November beginnen. Der Grund dieser Verzögerung liegt hauptsächlich in dem Umstand, daß auf Antrag Bayerns die diesseitige Regierung sich dazu bereit erklärt hat, die hiesige Konferenz erst dann zu eröffnen, wenn die in München beabsichtigten Verhandlungen von Vertretern mehrerer Vereinststaaten zu Ende gehen seien. Der Beginn dieser Vorverhandlungen hat bis jetzt namentlich durch die Erkrankung des l. bayrischen Ministerialraths v. Weirner noch immer einen Aufschub erfahren. Allmählig bessert sich aber das Befinden des Hrn. v. Weirner. Wie verlautet, soll die Mün-

chener Vorkonferenz zu Anfang Oktober ihre Beratungen aufnehmen. — Das jetzt erschienene Festprogramm für die am Montag den 28. September stattfindende feierliche Eröffnung des neuen Börsegebäudes es jetzt den Beginn der Feier auf 11 Uhr Vormittags an. Um diese Stunde erfolgt der Empfang des Königs und der königl. Prinzen durch die Aeltesten der Kaufmannschaft und durch die Baukommission an dem in der Burgstraße gelegenen Eingang des Gebäudes. Darauf werden die hohen Herrschaften in die Vorhalle des Börsehauses geführt, wo die Feierlichkeit der Uebergabe des Neubaus stattfindet. — Am 1. Oktober erfolgt in Potsdam die Auflösung des Infanterie-Lehrbataillons. An diesem Tage werden auch die zur Schießschule in Spandau kommandirten Mannschaften wieder zu ihren Truppenheiten zurückkehren. Beim Gardecorps hat heute die Entlassung der Reservisten ihren Anfang genommen. — Heute früh um 7 Uhr wurde der Arbeitsmann Klein, welcher vor zwei Jahren den Gefangenenführer Große im Stadtvogtei-Gefängniß ermordete, im Hofe des Zellengefängnisses mit dem Beile hingerichtet.

Frankreich.

*** Paris, 25. Sept.** Das „Pays“ sucht heute in einem von seinem Redaktionssekretär unterzeichneten Artikel die Bedeutung der Veröffentlichung des Schreibens der polnischen Nationalregierung an den Fürsten Gortoryski im „Moniteur“ abzuschwächen. Es macht darauf aufmerksam, daß der Abdruck im nichtamtlichen Theil erfolgt sei; in diesem Theil stehe der „Moniteur“ jedem andern Blatte gleich; hier seien z. B. auch Bekanntmachungen des Generals Murawiew abgedruckt worden. — Die „France“ widerlegt das Gerücht von einer beschleunigten Rückkehr des Kaisers aus Biarritz. Gestern war Se. Majestät bei Hrn. Fould in Tarbes. — Unter den drei Oesterreichischen Offizieren, welche incognito der Truppenrevue Victor Emmanuel's beivohnten, befand sich Fürst Riedenstein. — Der „Wiener Gen.-Korr.“ zufolge hat der Kaiser die mexikanische Deputation in sehr gnädigen Ausdrücken wissen lassen, daß er sie erst nach ihrer Rückkunft von Miramar empfangen wolle, indem es gewiß in ihrem und im Interesse ihrer Abwender läge, wenn sie sich so schnell wie möglich ihrer inhaltschweren Aufgabe entledigte. So wird denn die Deputation ihre Reise nach der Adria künftigen Samstag antreten, und sie gibt sich der Hoffnung hin, daß sie schon durch das am 1. Okt. von England abgehende Dampfschiff ihren Landsleuten Kunde von dem Bescheide des Erzherzogs geben könne. — Die heutige Börse war unter dem Eindruck der verschiedenen Gerüchte sehr flau. Rente wich auf 67.45, der Cred. Mob. auf 1145, ital. Anl. auf 73.50.

Paris, 25. Sept., Abends. (Sch. M.) Die „Nation“ hat Nachrichten aus Wien, worin es heißt: „Sobald die russische Antwortnote bekannt geworden, erhielt der französische Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, von Drouyn de Lhuys den Auftrag, den Grafen Rechberg daran zu erinnern, daß Oesterreich die Initiative zu den bekannten sechs Punkten abgeben; jetzt habe es die Pflicht, von Rußland zu verlangen, daß dieses förmlich den Punkten zustimme, und unter Umständen, daß es mit deren Ausführung den Anfang machen solle. Graf Rechberg und Kaiser Franz Joseph waren über diese Mittheilung des französischen Botschafters nicht wenig überrascht, und verhehlten ihr Mißfallen nicht, als der Herzog von Gramont durchblicken ließ, daß Frankreich auf die Haltung Oesterreichs, das sich den Folgen seiner bisherigen Handlungsweise entziehen zu wollen scheine, eine solche Wichtigkeit lege, daß eine Weigerung Oesterreichs selbst auf dessen Länderbesitz in Italien von Einfluß sein müßte.“

Rußland und Polen.

*** Warschau, 23. Sept.** Man schreibt der „Gen.-Korr.“: Bisher hatte die geheime Regierung ihre Behme nur gegen Nationalpolen, die den Russen sich willfährig gezeigt, ausüben lassen. Am 16. d. hat sie aber eine vom 25. August datirte Verordnung erlassen, durch welche namentlich alle russischen Kriegsgouverneure und Distriktskommandanten, dann aber auch alle russischen Untersuchungskommissionen, Kriegsgerichte, Gendarmen, Polizeigagenten und die ganze Warschauer Polizei als außer dem Gehet stehend erklärt worden sind. Drei Tage nachher wurde das Attentat gegen den Kriegsgouverneur Grafen Berg verübt.

Von der polnischen Grenze, 24. Sept. Wie die Breslauer Zeitung meldet, ist der Oberst Sebuschin, der sich bei der Zerstörung im Zamoystischen Palais hervorgethan hat, vorgestern in Warschau erschossen worden.

Nach neueren Meldungen sind in den Gubernien Grodno, Minsk und Wilna wieder einige Gesechte vorgefallen, und auch im Gebiete von Augustowo geht es kriegerisch zu, indem dort sowohl russische als Insurgentenabtheilungen bald am rechten, bald am linken Ufer des Niemen operiren.

Von der polnischen Grenze, 25. Sept. (W. L. B.) Kapitän Eigenstet schlug ein Insurgentenkorps von 450 Mann unter Bielowiecki bei Zuzomin im Gouvernement Plozk. Der Verlust der Insurgenten ist beträchtlich.

Großbritannien.

London, 24. Sept. (Köln. Ztg.) Der Brief, in welchem Hr. Mason dem Staatssekretär des Auswärtigen anzeigt, daß seine Mission in England beendigt ist, lautet, wie folgt:

24. Upper Seymour Street, Portman Square, 21. Sept. 1863. An den sehr ehrenwerthen Earl Russell, Staatssekretär Ihrer Majestät für die auswärtigen Angelegenheiten.

Mylord! In einer eben eingetroffenen Depesche des Staatssekretärs der konföderirten Staaten von Amerika vom 4. Aug. erhalte ich die Weisung, die Mission, welche mich nach England geführt hatte, als beendigt zu betrachten und England sofort zu verlassen. Die Beweggründe, welche dieser Mission ein Ende machen, sind in einem Auszuge der Depesche auseinandergesetzt, welchen Gn. Excellenz mitzutheilen ich die Ehre habe. Der Präsident glaubt, daß die Regierung der Konföderirten Staaten von Amerika die Weisung, die Mission, welche mich nach England geführt hatte, als beendigt zu betrachten und England sofort zu verlassen, die Beweggründe, welche dieser Mission ein Ende machen, sind in einem Auszuge der Depesche auseinandergesetzt, welchen Gn. Excellenz mitzutheilen ich die Ehre habe. Der Präsident glaubt, daß die Regierung der Konföderirten Staaten von Amerika die Weisung, die Mission, welche mich nach England geführt hatte, als beendigt zu betrachten und England sofort zu verlassen, die Beweggründe, welche dieser Mission ein Ende machen, sind in einem Auszuge der Depesche auseinandergesetzt, welchen Gn. Excellenz mitzutheilen ich die Ehre habe.

gin beschloffen hat, die durch Ihre Vermittlung gemachten Anerbietungen zum Zwecke der auf dem Wege eines Vertrags zu erreichenden Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Regierungen abzulehnen, und daß sie nicht die Absicht hat, Sie als begünstigten Gesandten unserer Regierung am englischen Hofe zu empfangen. Bei so bewandten Umständen ist die Fortdauer Ihres Aufenthaltes in London weder mit den Interessen, noch der Würde unserer Regierung verträglich, und der Präsident bittet Sie daher, Ihre Sendung als beendigt zu betrachten und London mit Ihrem Sekretär zu verlassen. Da ich Gv. Herrlichkeit bei meiner Ankunft von der Beschaffenheit und den Zwecken der mir von meiner Regierung anvertrauten Mission in Kenntnis gesetzt hatte, so hielt ich es für eine Pflicht der Höflichkeit, der Regierung der Königin in gleicher Weise ihre Beendigung, sowie meine Absicht, der erhaltenen Weisung gemäß England sofort zu verlassen, anzuzeigen. Ich habe die Ehre zc. J. M. Major.

In Leeds fand vorgestern ein massenhaft besuchtes Meeting zur Besprechung der amerikanischen Angelegenheiten statt. Der neben Bright und Cobden als Hauptkämpfe für den Norden bekannte parlamentarische Vertreter von Bradford, Hr. W. E. Forster, führte den Vorsitz und hielt eine energische Rede für den Freiheitkampf des Nordens gegen den auf dem Grundstein der Sklaverei sich aufbauenden Neuhellenstaat des Südens. Er sprach von den Mißverständnissen, welche zwischen der amerikanischen und der englischen Nation obwalteten, von der gegenwärtigen Ausrichtung von Kapern für den Süden, lobte dagegen die Haltung des Parlaments, welches das Neutralitätsprinzip mit der Nichtanerkennung der Rebellenstaaten beharrlich aufrecht erhalten habe, und sprach seine Hoffnung aus, daß England das Begehren Frankreichs, das zu seiner Sicherstellung in Mexiko die Anerkennung des Südens verlange, wie bisher rund abzuschlagen werde. Die Rede wurde mit dem größten Enthusiasmus aufgenommen, und die am Schlusse der Versammlung einmüthig angenommenen Resolutionen verbandelten den Bau und die Ausrüstung von Kriegsschiffen für den Süden in britischen Häfen, und sprachen sich dahin aus, daß der amerikanische Krieg, vom Süden zur Ausbeutung der Sklaverei begonnen, statt dessen mit der Vernichtung derselben schließen werde.

Amerika.

Vera-Cruz, 5. Sept. (Schw. M.) General Forey hat die Ausweisung des Gesandten von Peru aus Mexiko angeordnet, weil derselbe mit dem Präsidenten Suarez in Briefwechsel stand.

Baden.

Bruchsal, 25. Sept. (Schwurgericht.) Anklage gegen Kanoniker Wilhelm Hübnner von Bruchsal, wegen Mordversuchs. Die Staatsbehörde ist vertreten durch Hrn. Hofgerichts-Assessor Wieland und die Verteidigung führt Hr. Obergerichtsadvokat Dr. Joachim.

Da die Vorfälle, welche dem Gegenstand dieser Verhandlung bilden, sich dahier ereigneten und daher wohlbekannte Persönlichkeiten betreffen, so hat der heutige Fall für Bruchsal und Umgegend ein großes Interesse, weshalb denn auch von früher Stunde an der Zuschauerraum überfüllt war.

Aus der zunächst verlesenen Anklageschrift heben wir Folgendes hervor: Der Angeklagte ist 25 Jahre alt, evangelischer Religion, vermögenslos, und hat sich schon in mehreren Berufsarten ohne sonderlichen Erfolg versucht, obwohl er viel natürliche Anlagen und gute Schulleistungen besitzt. Die Zeugnisse sämtlicher Behörden lauten hinsichtlich seines Charakters und Betragens ungünstig, auch wurde er vom Kantonsgericht Schaffhausen im Jahr 1861 wegen Urkundenfälschung mit zwei Monaten Gefängnis und Landesverweisung bestraft, Deßhalb, und da er sich als Kanalarbeiter und Telegraphengehilfe zu Waldshut den Vorwurf der Unterschlagung von Telegraphengebühren zuwo, wurde er vom Korporal, was er schon im Dezember 1857 geworden war, zum Kanoniker degradiert, in welcher Eigenschaft er der 3. Batterie der Festungsartillerie zugetheilt ist. Seit Februar v. J. bis auf weitere Dreie beurlaubt, hielt er sich dahier bei seinem Bruder, Orgelbauer Ludwig Hübnner, auf, um dessen Geschäft zu lernen. Hier hatte er nun Gelegenheit, Mathilde Kay, die jugendlich frisch herabblühende, nun 15½ Jahre zählende Tochter des hiesigen Buchhändlers Kay kennen zu lernen. Er traf das junge Mädchen öfters, theils im Hause von Bekannten, theils auf dem Wege zu und von der Singhunde, und auf einem solchen Gange drückte er ihr erstmals vor Weihnachten v. J. seine besondere Zuneigung durch Ueberreichung eines Gedichtes aus.

Der Angeklagte behauptet, von Mathilde Kay, was diese jedoch widerspricht, zu Anfang dieses Jahres verschiedene Zeichen der Erwidern seiner Neigung erlangt, und insbesondere auch sie geküßt zu haben. Auf seine Zuschriften hatte er übrigens einmal bezüglich des Antreffens oder Fortsetzens eines Liebesverhältnisses eine abschlägige Antwort erhalten, was jedoch durch begütigende, mündliche Erklärungen wieder ausgeglichen worden sein soll. Von Ende Februar an veranstaltete Tanzlehrer Fridl in dem Saale des Gasthauses zur Fortuna einen Tanzunterricht, bei dem sich auch Mathilde Kay betheiligte, und wo sie der Angeklagte traf, der jedoch anfänglich meistens mit einem andern Mädchen tanzte und erst gegen Ende des zweiten Kurzes besondere Aufmerksamkeit für Mathilde Kay zeigte. Diese weigerte sich übrigens, mit ihm zu tanzen, was ihn so aufbrachte, daß er Mitte März l. J. des Nachts in ein Fenster des Kay'schen Hauses schob; allein dessen ungeachtet nahm Jene zu ihrem Namenstag ein Geschenk von ihm an. Ende März erschien nun Verwaltungsrat Kreymp in der Tanzstunde, tanzte öfters mit Mathilde Kay, und begleitete sie auch dreimal nach Haus, welche übrigens trotz verschiedener Klagen bei Frau Fridl und Kreymp über des Angeklagten Zudringlichkeit doch wieder mit demselben tanzte. Der Angeklagte zeigte bald die heftigste Eifersucht auf Kreymp und wollte sich sogar mit diesem duelliren, machte auch der Mathilde Kay heftige Vorwürfe, und behauptet, daraufhin von dieser ein eibliches Gelübniß der Treue erhalten zu haben, was diese jedoch bestritt.

Die Tugenden der sich immer mehr steigenden Eifersucht und die vergeblichen Bemühungen, sich auf allerlei Wegen davon zu befreien, brachten den schwärmerischen und durch unpassende Lektüre verdröhnten Angeklagten zu dem sich immer mehr befestigenden Entschluß, zuerst das Mädchen und dann sich selbst zu tödnen, so daß er sich ein doppeltes Terzerol kaufte und solches mit Kugeln und gehacktem Zinn

lud; allein sein Bruder nahm es ihm ab. Inzwischen kam er jedoch auch wieder auf den Gedanken, von hier wegzugehen, machte dazu Vorbereitungen, und fuhr am 23. Mai (Samstag vor Pfingsten) mit der Eisenbahn fort. Allein da sein schriftliches, mit Todesdrohung begleitetes Verlangen an Mathilde Kay, ihm ein Andenken zu geben und ewige Treue zu geloben, ohne Antwort geblieben war, stieg er in Durlach aus, fuhr hieher zurück und dann nach Bretten, wo er sich ein Doppelterzerol kaufte, das er scharf lud, nachdem er sich bei einem hiesigen Kaufmann die ausdrückliche verlangte stärkste Art von Schrot (Nr. 0) verschafft hatte.

Am Pfingstsonntag trieb er sich dahier herum, trug zufällig Mathilde Kay auf der Bahnstraße, bestürmte sie mit Bitten und Vorwürfen, und sie versprach — nach ihrer Versicherung, um ihn los zu werden — ihm Abends das erbetene Andenken zu schicken, was sie aber nicht that und einen Droh- und Mahnbrief zurückwies. Die nächsten beiden Tage trieb der Angeklagte sich hier, in Untergrombach, wo er das Terzerol als Pfand für die Bege verlehnte, und in Karlsruhe herum, wo er gegen einen Freund schriftlich und mündlich seinen Mordplan andeutete. Mit dem von diesem entlehnten Gelde fuhr er am Abend des Pfingstsonntags (26. Mai) nach Untergrombach, löste das Terzerol aus und begab sich hieher zu dem Hause des Buchhändlers Kay, wo Mathilde Kay mit einer Freundin unter der Ladentüre stand. Letztere sprang, als der Angeklagte sichtbar wurde, davon, und Mathilde Kay zog sich in den damals (gegen 9 Uhr Abends) ziemlich dunklen Laden zurück und rief, als ihr der Angeklagte nachfolgte, um Hilfe; allein die solche ersieh, schob der Angeklagte aus einer, höchstens zwei Schritte betragenden Entfernung den mit acht Schrotkörnern Nr. 0 geladenen rechten Lauf des Terzerols auf das Mädchen ab, nachdem er vorher aus den Fingern des linken Laufes erfolglos abgedrückt hatte, weil sich ein Papierpfropfen unten im Lauf befand.

Der abgefeuerte Schuß traf die Mathilde Kay von hinten auf der linken Seite, und nicht nur waren deren Kleidungsstücke mehrfach von Schroteln durchbohrt, sondern sie hatte auch vier Hautwunden, und überdies hatte der brennende Pfropfen ihren linken Armel entzündet, wodurch sie einige Brandwunden am linken Ellenbogen erhielt. In Folge der Verletzungen war sie acht Tage krank und arbeitsunfähig, und dieser Erfolg des zur Tödtung vollkommen geeigneten Schusses ist dem Umstande zuzuschreiben, daß in den Kleidungsstücken des Mädchens viele starke Festschneide waren, die zwar durch die Schrote zertrümmert wurden, aber doch deren Kraft brachen.

Auf das Gerüch des Schusses sprangen die Eltern des Mädchens herbei und andere Personen, sowie zwei Polizeidiener, welchen der Angeklagte, der sich auf den Boden gelegt hatte, übergeben wurde, und die ihn in das Amtsgefängniß verbrachten. Noch ehe er in dasselbe eingetreten war, hatte er die Polizeidiener unter Versprechen einer Belohnung von 50 fl. und unter dem Bemerken, er komme sonst in's Zuchthaus, gebeten, die bei ihm gefundenen Briefe nicht abzuliefern und ihn zu erschießen.

Auf Grund des Ausspruchs der Militärbehörde, wodurch der Angeklagte an das bürgerliche Gericht abgegeben worden ist, und auf Grund des Verweigerungskenntnisses der Anklagekammer wird beantragt, den Angeklagten, weil er in Ausführung eines mit Vorbedacht gefaßten, fortbauenden Entschlusses mit dem bestimmten Vorsatz, dieselbe zu tödnen, auf Mathilde Kay geschossen hat, und der beabsichtigte Erfolg nur durch zufällige Umstände verhindert worden ist, des beendigten Mordversuchs für schuldig zu erklären und deshalb zu drei geschäftlichen Strafen von mindestens 10 Jahren Zuchthaus zu verurtheilen.

Der Angeklagte erzählte bei seinem heutigen Verhöre in sehr geläufiger Rede die Vorfälle und behauptete, daß er zwar früher allerdings entschlossen gewesen sei, sich und die Mathilde Kay zu erschießen, daß er jedoch diesen Plan bei dem letzten Zwiegespräche mit derselben als zu schrecklich wieder aufgegeben und nichts beabsichtigt habe, als sie durch den Schuß leicht zu verletzen und so für ihre Untreue zu bestrafen, und suchte diese auch schon in der Voruntersuchung aufgestellte Behauptung als wahrscheinlich und glaubhaft nachzuweisen.

Mathilde Kay widerprach, daß sie mit dem Angeklagten ein Verhältniß gehabt habe, obwohl sie unter Anderem zugeben mußte, daß sie mit ihm Haarlocken ausgetauscht habe. — Das übrige Ergebnis der Verhandlung werden wir des Zusammenhangs willen nach deren erst morgen stattfindenden Schluß berichten.

Freiburg, 25. Sept. (Föberg. Blg.) Der Gemeinderath und der kleine Bürgerauschuß haben beschlossen, im Anschluß an die Schwesterstädte des Landes, Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Konstanz, Pforzheim, Baden, Durlach, auch unsere Stadt bei der Gedenkfeier auf dem Schlachtfelde zu Leipzig am 18. Oktober vertreten zu lassen.

Vermischte Nachrichten.

— **Stuttgart, 25. Sept. (Schw. M.)** Das achte Verzeichniß der Beiträge für das **Ulmland-Denkmal** weist als Gesamtbetrag der bei beiden vereinigten Wirkenden Ausschüssen, in Ulmingen und Stuttgart, zusammen eingegangenen Beiträge die Summe von 30,000 fl. auf. Man wird, wie schon früher in diesen Blättern rühmend hervorgehoben wurde, bemerken, welche ansehnliche Gaben von den deutschen Sängern unter diesen Beiträgen verzeichnet stehen. In den nächsten Wochen wird, wie wir hören, über die jetzt, nachdem die Beiträge ein so erfreuliches Resultat liefern, notwendigen Schritte berathen werden.

— **Frankfurt, 25. Sept. (Fr. Blg.)** Der Ausschuß des deutschen Reformvereins hat in seiner am vorigen Sonntag zu Regensburg abgehaltenen Sitzung beschlossen, eine Generalversammlung des deutschen Reformvereins und der sämtlichen großdeutschen Vereine Deutschlands auf den 28. Oktober, und zwar hier in Frankfurt anzusetzen.

— **Frankfurt, 25. Sept. (Fr. Blg.)** Heute Morgen um 9½ Uhr wurde im Kaisersaal durch den Vorsitzenden des Lokalkomitees, Hrn. Bädermeister Schlamp, der zweite deutsche Handwerkertag eröffnet, worauf der Vorsitzende des Vororts des deutschen Handwerkertages, Hr. Schwedt aus Hamburg, die Leitung der nun beginnenden Verhandlungen übernahm. Zu Vizepräsidenten wurden ernannt die Hrn. Schlamp, Böhm aus Aachen, Neuhaus aus Berlin; zu Schriftführern die Hrn. Schüren aus Aachen, Kellner aus Hamburg; zu Stimmzählern die Hrn. Friederich aus Danzig und Juch aus Darmstadt. Nach der Bauschannahme der Geschäftsordnung erstattete Hr. Schwedt den Jahresbericht, welchem wir entnehmen, daß bereits 70 deutsche Städte dem Bunde angehören und die Städte Hannover, Oldenburgs und Württembergs im Begriff stehen, sich anzuschließen. Kein Beitritt erfolgte bis jetzt aus Bayern und Oesterreich. Die Thätigkeit des Vororts erstreckte sich auf den, den deutschen Regierungen zugegangenen Protest des deutschen Handwerkertages und die Aufstellung der Grundzüge eines staatslich anerkennenden allgemeinen deutschen

Handwerkertages. Auf dem Kongress selbst sind vertreten die Städte: Frankfurt a. M., Heidelberg, Hamburg, Dresden, Schwerin, Breslau, Meißel, Darmstadt, Dieburg, Braunschweig, Spanbau, Elbing, Fürstenwalde, Erfurt, Stuttgart, Offenbach, Forchberg, München, Hannover, Eilenburg, Eisenach, Odruf, Ramin, Friedberg, Arnstadt, Kötin, Magdeburg, Glatz, Puttbus, Aachen, Bonn und Weimar. Hierauf wurde die allgemeine Debatte über die Grundzüge eines allgemeinen deutschen Handwerkertages eröffnet.

— **Frankfurt, 26. Sept., Nachmittags.** Der Handwerkertag hat die Grundzüge einer allgemein deutschen Gewerbeordnung beraten und nach einer stürmischen Debatte das Prinzip der freien Genossenschaften verworfen, dagegen das Prinzip der Zwangsvereinigungen angenommen.

— **Köln, 23. Sept.** Prof. Firmenich-Nicharz Herausgeber der **Völkerrimmen Germaniens**, hat so eben folgenden Aufruf erlassen: „Diejenigen deutschen Männer in den verschiedenen Gauen des Gesamt Vaterlands, welche mit dem Unterzeichneten der Ansicht sind, daß dem dahingegangenen Jakob Grimm von Seiten der deutschen Nation eine dem deutschen Wirken dieses großen und unvergleichlichen Mannes würdige Ehre zu erweisen sei, mögen mit mir in Verbindung treten, um die Bildung von Komitees für den bezeichneten Zweck durch ganz Deutschland sofort anzuregen. Der gesammten deutschen Presse, ohne Unterschied der politischen Richtung, sei diese für sich selbst redende Angelegenheit empfohlen.“

— **Arolsen, 21. Sept.** In der gestern zu Mengerlinghausen abgehaltenen Generalversammlung der Waldecker Mitglieder des Nationalvereins wurden folgende Resolutionen gefaßt:

1) Der Frankfurter Fürstentag hat insofern eine große Bedeutung, als nun auch Seitens der deutschen Fürsten die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Bundesverfassung und die dringende Nothwendigkeit anerkannt ist, dem immer mehr hervortretenden Bedürfnis der Nation nach größerer Konzentration ihrer Kräfte abzuhelfen. 2) Der Beschluß des Abgeordnetentags hinsichtlich des österreichischen Reformprojekts war den damals obwaltenden Umständen angemessen und verdient insofern unsere Billigung. 3) Das bereits in seiner ursprünglichen Gestalt für das deutsche Volk unannehmbare österreichische Reformprojekt ist durch die Beschlüsse des Fürstentags nicht verbessert, sondern verschlechtert; der Nationalverein hat daher keinen Grund, sein Programm vom 4. Sept. 1860 und 6. Okt. 1862 irgendwie zu ändern. 4) Unter allen Umständen stehen wir treu zu dem preussischen Volke, welches wegen seines verfassungsmäßigen Sinnes und seines Festhaltens an Recht und Gesetz unsere vollste Anerkennung verdient.“

— **Leipzig, 24. Sept. (Südd. Blg.)** Die von den Stadtbehörden von Berlin und Leipzig zur Veranlassung über die Feier der Leipziger Schlacht hieher berufene Zusammenkunft war durch die Vertreter von einigen fünfzig der als Vororte eingeladenen Städte besucht. Die Versammlung einigte sich leicht über das Festprogramm. Die Feier wird am 18. und 19. Okt. stattfinden. Unternehmer des Festes sind diejenigen deutschen Städte, welche bis zum 8. Okt. dem Festauschuß zu Leipzig ihre Theilnahme erklären, geladene Gäste sind die deutschen Veteranen, die in der Schlacht bei Leipzig für Deutschland gekämpft haben. Einzelne hervorragende Persönlichkeiten aus den Befreiungskriegen werden als weitere Ehrengäste geladen. Die Stadt Leipzig sorgt gütlich für die Unterkunft der Veteranen und übrigen Ehrengäste, sowie der Vertreter der festgebenden Städte, deren Städte bis 20,000 Einwohner zwei, bis 50,000 Einwohner vier, bis 100,000 Einwohner sechs, und Städte über 100,000 Einwohner eine beliebige Zahl entsenden können. Die Unterhaltung der Veteranen während der Festtage wird unter den allgemeinen Kosten bestritten, die sonst noch für Musik, Wagen für die Veteranen, den Grundstein des auf dem Schlachtfelde zu errichtenden Denkmals, Porti, Druckkosten u. dgl. erwachsen, und von den Theil nehmenden Städten nach Maßgabe der Einwohnerzahl zu tragen sind. Das Nationaldenkmal wird auf Grund einer zu eröffnenden Nationalversammlung errichtet werden. Sonntag den 18. Okt. wird Morgens 6 Uhr Musik und Luten mit allen Glocken das Fest einweihen; um 9 Uhr Fest-Gottesdienst in den Kirchen aller Glaubensgenossenschaften, um 12 Uhr Teubum auf dem Markte durch die gesammten Männer-Gesangsvereine. Abends im Theater Festvorstellung (Schiller's Tell) und auf dem Schlachtfelde großes Oktoberfeuer. Am 19. Okt. Morgens Musik und Glockengeläute, 9 Uhr Festzug auf das Schlachtfeld gegen Eibitzsch, Festrede und Grundsteinlegung für das Nationaldenkmal, auf dem Rückweg Zug zum Grimmaschen Thore, durch welches am 19. Okt. 1813 die Königsberger Landwehren unter Führung des Major Friccius als die Ersten des befreiten Heres in Leipzig einbrangen, und Enthüllung des von der Stadt Leipzig zur Erinnerung an diese That errichteten Denkmals, Nachmittags Festmahl, Abends Fackelzug. Die Geschäftsführung zur Vorbereitung des Festes und die Leitung des Festes selbst hat ein Festauschuß übernommen, der aus dem Leipziger Lokalkomitee und einigen von der Versammlung gewählten Mitgliedern gebildet worden ist.

— **Stettin, 23. Sept.** Bei dem Bureau der Naturforscherverammlung ist heute ein Telegramm aus Gießen eingegangen, wonach Seitens der Stadt die Wahl derselben zur nächsten Versammlung dankend angenommen wird. Professor Wernher hat ebenfalls die auf ihn zum Geschäftsführer gefallene Wahl angenommen. Professor Leuckart war nicht in Gießen anwesend.

In Folge unseres Aufrufs in Nr. 217 der „Karlsruher Zeitung“ sind weiter eingegangen: Von G. S. B. 3 fl. 30 fr., von Ungenannt 2 fl., von B. in G. 10 fl.; zusammen 332 fl. 41 fr. Karlsruhe, 26. September 1863.

Dall, Oberkammerassessor.
Dill, Geh. Rath.
Fridl, Oberbürgermeister.
Grunder, Oberbürgermeister.
Küttel, Hofbuchhändler.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 27. Sept. 3. Quartal. 96. Abonnementsvorstellung. **Don Juan**; große Oper in 2 Akten, von Mozart.
Dienstag 29. Sept. 3. Quartal. 97. Abonnementsvorstellung. **Neu einstudirt: Othello**; Trauerspiel in 5 Akten, von Shakespeare.

Theater in Baden.

Mittwoch 30. Sept. **So machen's Alle (Cosi fan tutto)**; komische Oper in 2 Akten, von Mozart; neue Bearbeitung von Edward Devrient; die Recitative arrangirt von Wilhelm Kalliwoda.

